

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

133 (17.5.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten
Kammer. 83. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

83. öffentliche Sitzung

am Donnerstag, den 15. Mai 1902.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. Scheffel und Regierungskommissäre.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung um 9¹/₄ Uhr.

Nach Verlesung der Einläufe durch den Sekretär schlägt Präsident Gönner vor, aus der Debatte über die Förderung der Landwirtschaft alles das auszuschneiden, was mit dem Gesetzentwurf über die Bildung einer Landwirtschaftskammer und mit dem Zolltarif in Zusammenhang steht.

Abg. Geppert erinnert daran, daß bei der Zolltarifdebatte verschiedene Redner auf das Wort verzichteten in der Erwartung, bei diesem Anlaß Gelegenheit zu finden, ihre Bemerkungen vorzubringen.

Abg. Dr. Wildens ist der Ansicht, daß ein Zurückkommen auf den Zolltarif absolut ausgeschlossen sein sollte.

Abg. Geppert erklärt, er sei selbstverständlich nicht für ein Zurückfallen in die Zolldebatte, er meine nur, es dürfe nicht sofort gerügt werden, wenn einmal das Wort „Zolltarif“ falle.

Abg. Mampel schließt sich dem Abg. Geppert an. Die Zollfrage sei mit dem heute zur Berathung stehenden Gegenstande so eng verknüpft, daß es unmöglich sei, gar nicht auf den Zolltarif zurückzukommen.

Präsident Gönner betont die großen Schwierigkeiten, die mit der Durchführung eines solchen Beschlusses für die Geschäftsleitung verbunden seien. Wenn einmal der Zolltarif von einem Redner gestreift sei, so werde der nächste Redner ihn noch schärfer streifen, und sofort sei die Zolltarifdebatte wieder aufgenommen. Man sollte die Besprechung des Zolltarifs entweder ganz ausschließen oder unbeschränkt zulassen.

Abg. Giebler schließt sich den Ausführungen des Abg. Dr. Wildens an und erklärt sich für einen vollständigen Ausschluß der Zolltarifbesprechung.

Hierauf wird mit allen gegen 5 Stimmen beschlossen, daß jede Besprechung des Zolltarifs ausgeschlossen sein solle.

Alsdann wird in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Schüler berichtet namens der Budgetkommission über Ausgabebetitel XIV und Einnahmetitel VIII des Budgets des Ministeriums des Innern (für Förderung der Landwirtschaft). Er führt ungefähr aus:

Der Antrag der Kommission geht auf Genehmigung aller Positionen. Grund zu Beanstandungen war nirgends vorhanden. Auf alle Anfragen, welche die Kommission an die Regierung richtete, ertheilte diese befriedigende Auskunft. Im Einzelnen ist zu bemerken:

Für den landwirtschaftlichen Verein und die landwirtschaftliche Interessenvertretung sind für ein Jahr 35 390 M. und zwar 7890 M. für den landwirtschaftlichen Verein und Landwirtschaftsrath, sowie 27 500 M. ungedeckte Herstellungskosten für das landwirtschaftliche Wochenblatt angefordert. Ihre Kommission hat gegen die Anforderung nichts zu erinnern, geht aber von der Anschauung aus, daß im Falle des Zustandekommens des den Ständen vorliegenden Gesetzes über die Landwirtschaftskammer der erstere Betrag zur Bestreitung der Kosten für diese Kammer verwendet und das Verhältniß zum landwirtschaftlichen Wochenblatt in irgend einer anderen Form zweckentsprechend geregelt werden wird.

Die Großh. Regierung gab auf Anfrage die Auskunft:

„Die für den Landwirtschaftsrath vorgesehenen Mittel werden im Falle des Zustandekommens des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer für letztere verwendet werden.“

Wie sich im Falle des Zustandekommens des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer und nachdem diese Einrichtung in Wirksamkeit getreten sein wird, das Verhältniß zum landwirtschaftlichen Wochenblatt gestalten wird, läßt sich zur Zeit noch nicht bestimmen. Jedenfalls werden nach wie vor staatliche Mittel für ein solches Blatt erforderlich sein.“

Die Kommission ist unter den obwaltenden Umständen der Meinung, daß die Entwicklung vorerst abgewartet werden muß, bis sich zum nächsten Landtage die Sachlage mehr geklärt haben wird.

Durch Allerhöchste Staatsministerial-Entscheidung vom 17. April 1901 wurden die landwirtschaftlich-chemische und die landwirtschaftlich-botanische Versuchsanstalt zu einer Anstalt mit dem Sitze auf Augustenberg vereinigt.

Die Kommission hat bei Großh. Regierung um Mittheilung der Gründe dieser Vereinigung nachgesucht und zugleich um Auskunft gebeten, was mit den bisherigen Versuchsfeldern in Karlsruhe geschieht.

Die Antwort der Regierung war eine durchaus zufriedenstellende. Die bisherigen Versuchsfelder in Karlsruhe werden geräumt und nach Ablauf des Pachtverhältnisses (Martini d. J.) der Großh. Civilliste zurückgegeben. Zur Entlastung des Vorstands der landwirthschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg wird eine neue Stelle nach E 2 angefordert. Die Kommission ist auch mit dieser Aenderung einverstanden. Ein in Emmendingen stationirter Wanderlehrer hat auf eine bessere Förderung der Obstbaumzucht hinzuwirken. Es ist sehr wichtig, daß von praktisch geschulten Männern draußen in den Gemeinden Aufklärung über Sortenwahl und richtige Behandlung der Obstbäume gegeben wird.

Auf unsern 13 landwirthschaftlichen Winterkursen haben wir im ganzen einen guten Besuch zu verzeichnen, wenn auch dieser immer noch besser sein könnte. Die Arbeiternoth veranlaßt eben manchen Landwirth, seinen Sohn zu Hause zu behalten. Auch die Erfolge der drei landwirthschaftlichen Haushaltungsschulen sind gut.

Die Förderung der Schweinezucht ist ein sehr wichtiger Zweig der staatlichen Fürsorge für die Landwirthschaft. Auch den kleinen Landwirthen ist es möglich, sich auf diesem Gebiete zu bethätigen, so daß die staatlichen Beihilfen auch ihnen zugute kommen. Wir müssen es uns angelegen sein lassen, darauf hinzuwirken, daß mit verschiedenen alten Ueberlieferungen gebrochen wird. Die Hauptsache ist die Heranziehung reinerer Rassen, die in 6 bis 8 Monaten fett werden. Die Unterstützung bestand in der jeweiligen Uebernahme der Kosten für erstmalige Anschaffung des Zuchtebers auf die Staatskasse. Wir haben 87 Stationen im Land, und Unterstützungsgesuche liegen zur Zeit noch aus drei Gemeinden vor. Von jetzt ab soll ein staatlicher Sachverständiger zweimal im Jahr hinausgehen, reinerasse Zuchthiere ankaufen und sie den Gemeinden und Privaten zur Verfügung stellen. Dadurch soll auch ein regerer Verkehr zwischen den einzelnen Zuchtstationen angebahnt, ein Umtausch ermöglicht und der Gefahr der Inzucht vorgebeugt werden. — Im letzten Budget wurden für Prämien 7000 M. angefordert, im vorliegenden Budget sollte diese Summe auf 20 000 M. erhöht werden; leider aber mußten hiervon 6000 M. wieder gestrichen werden, so daß also nur noch 14 000 M. angefordert werden, von denen 12 000 auf die Prämien und 2000 M. auf die durch die Prämierungen erwachsenden Kosten zu verrechnen sind. Die Kommission verzichtete in anbetracht der Finanzlage darauf, einen Antrag auf Erhöhung dieser Summe zu stellen. Immerhin hielte sie eine solche Erhöhung für sehr angebracht und hofft, daß in's nächste Budget eine höhere Summe eingestellt werden kann.

Für Förderung der Pferde zucht bringt das vorliegende Budget 10 000 M. mehr als früher. Das ist ein Zeichen des Aufschwungs der Pferde zucht. Ich persönlich hätte es gerne gesehen, wenn die Halbblutzucht mehr gefördert werden könnte, allein die Schwierigkeiten sind sehr groß. Auf eine Anfrage der Kommission erwiderte die Regierung:

„Der Ankauf der belgischen Fohlen wurde jeweils von einer Kommission bestehend aus Mitgliedern des Verbandes unterbadischer Pferde zuchtgenossenschaften bewerkstelligt, dagegen schien beim Einkauf der Halbblutstuten eine Zuziehung von Sachverständigen aus pferdezüchterischen Kreisen nicht geboten, da die Zahl der bestellten Stuten eine sehr geringe war und außerdem hin-

sichtlich der Qualität des einzukaufenden Materials, wie hinsichtlich Anlegung eines möglichst niedrigen Einkaufspreises der Umstand eine verstärkte Sicherheit bot, daß diese Pferde von der 5. Remonteaufkaufskommission angekauft und auf Veranlassung des Königlich preussischen Kriegsministeriums zum Selbstkostenpreis für badische Züchter abgegeben wurden.“

Infolge der steigenden Entwicklung der Pferde zucht trat in den letzten Jahren auch eine Vermehrung der staatlich subventionirten Hengste ein und es wurden theils zur Ergänzung des eingegangenen und auszuragirenden Hengstmateriale, theils aber auch zum Zwecke stärkerer Belegung einiger Hengststationen im Jahre 1900 3 Halbblut- und 6 Kaltbluthengste und im Jahre 1901 6 Halbblut- und 10 Kaltbluthengste beschafft.

Auch zur Förderung der Rindviehzucht ist erheblich mehr angefordert, es werden eben viel mehr prämiirungswürdige Thiere vorgeführt. Wir haben 12 Jungviehweiden, denen wir staatliche Zuschüsse in Höhe von 340 bis 1380 M. zukommen lassen. Bezüglich der Erleichterung des Bezuges von Zuchtvieh durch Beihilfen zur Bestreitung der Frachtkosten erklärte die Großh. Regierung, daß beim gemeinschaftlichen Bezug von mindestens 5 Thieren durch landwirthschaftliche Vereine, Gemeinden u. s. w. die Eisenbahnfrachtkosten aus der Staatskasse ersetzt wurden. Mit staatlicher Unterstützung gelangte hiernach Zuchtmaterial in die Amtsbezirke Freiburg, Staufen, Nehl, Oberkirch, Bühl, Nastatt, Bretten, Bruchsal, Durlach, Pforzheim Mannheim, Eppingen, Heidelberg, Wiesloch, Adelsheim, Buchen, Mosbach, Wertheim. Zur Errichtung von Farrenställen erhielten in den Jahren 1900 und 1901 19 Gemeinden Zuschüsse. Bezüglich der Erleichterung des Bezuges von Zuchtvieh aus den oberbadischen Zuchtbezirken wurde in der Kommission dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß diese Vergünstigungen auch andern badischen Zuchtgenossenschaften zu Theil werden mögen, insbesondere wurde dabei auf die Zuchtgenossenschaften Emmendingen und Lahr hingewiesen. Die Kommission gibt der Ansicht Ausdruck, daß diesen Wünschen von der Großh. Regierung Rechnung getragen werden möge, sobald diese Genossenschaften in ihrer Entwicklung soweit vorgeschritten sind, daß ein genügender Zuchtstamm als vorhanden betrachtet werden kann.

Bei dieser Gelegenheit sei es mir noch gestattet, einen persönlichen Wunsch vorzutragen: Es ist ja natürlich und zweckmäßig, daß die Farrenhaltung in Regie der Gemeinden genommen wird. Wir haben aber in verschiedenen Landesgegenden eigenthümliche Verhältnisse, die ein ausnahmsweises Abgehen von diesem Prinzip wohl rechtfertigen könnten. Bei weit auseinander liegenden Gemeinden wird es oft als großer Mißstand empfunden, daß man oft eine Stunde und mehr gehen muß, um zum Farrenstall zu kommen. In solchen Fällen wäre es angebracht, einen Farren in einen Zinken hinaus zu stellen oder einem Privaten die Haltung eines Farrens aufzugeben.

Ihre Kommission hat an sich gegen die Anstellung von Zuchtinspektoren und Verbandsinspektoren nichts zu erinnern; es wurden aber Bedenken geltend gemacht, ob die Stellung nach Gehaltsklasse D 2 nicht zu hoch ist, und die Gleichstellung mit den Vorständen auf der Hochburg in D 5 nicht entsprechend wäre. Die Kommission hat von diesen Bedenken Großh. Regierung Kenntniß gegeben und hierauf folgende Auskunft erhalten:

„Die Gewinnung geeigneter Kräfte für die Stellen der Verbands- und Zuchtinspektoren aus der Zahl der Bezirksthierärzte ist nur möglich, wenn denselben eine ausreichende Bezahlung geleistet wird, bei deren Be-

messung in Rücksicht zu ziehen ist, daß diesen Beamten die Ausübung der Privatpraxis als mit ihrem Dienst unvereinbar unterlagt ist. Da die Bezirksthierärzte aus ihrer Privatpraxis ein erhebliches Einkommen beziehen, muß den Zuchtinspektoren für den Wegfall desselben eine angemessene Entschädigung gewährt werden, welche nur in der Anstellung der Verbands- und Zuchtinspektoren nach Abtheilung D 2 des Gehaltstariers mit einem Gehalt bis zu 5000 M. gefunden werden kann. Unter Abtheilung D 5 beträgt der Gehalt nur 4300 M., der mit Rücksicht auf den Umstand, daß selbst bei Gewährung eines Gehalts von 5000 M. die Berufung älterer Bezirksthierärzte zu Verbands- und Zuchtinspektoren mit einer Minderung ihres Gesamteinkommens verbunden zu sein pflegt, nicht genügend erscheint. Auf Grund dieser Darlegung hat die Kommission ihre Bedenken fallen lassen. Die Anstellung solcher Zuchtinspektoren entspricht den dringenden Wünschen der landwirthschaftlichen Bevölkerung, und die Kommission ist mit dem Vorgehen der Regierung durchaus einverstanden.

Die Rindviehversicherungen haben einen bedeutenden Fortschritt gemacht. Im Jahre 1901 hatten wir in 236 Ortsviehversicherungsanstalten 22 274 Viehbesitzer mit 75 001 versicherten Thieren bei einem Gesamtversicherungswert von 22 708 515 M.

Was die Bekämpfung der Pflanzenkrankheiten anlangt, ist zu bemerken:

Wie der Kommission mitgeteilt wurde, soll in Elsaß-Lothringen das bisherige Verfahren zur Bekämpfung der Reblaus dahin geändert werden, daß künftig nur die infizierten Rebstücke vernichtet werden, aber nicht wie bisher auch die gesunden Stöcke im Umkreis der infizierten Stelle. Die Kommission hat hiebei die Großherzogliche Regierung in Kenntniß gesetzt und um Aufschluß gebeten, welche Stellung sie gegenüber dieser Menderung des Verfahrens einnehme. Von der Großherzoglichen Regierung ist uns darauf erwidert worden, man habe gegenüber dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) unter Hinweis auf die dadurch bedingte große Gefährdung des badischen Reblandes die schwersten Bedenken gegen jede Auflassung des Ausrottungsverfahrens geltend gemacht, und sei mit Entschiedenheit dafür eingetreten, daß auch in Elsaß-Lothringen das Ausrottungsverfahren fernerhin beibehalten und streng durchgeführt werde. Gleichzeitig habe man die Anberaumung einer Konferenz von Sachverständigen und Vertretern der beteiligten Regierungen zum Zwecke einer eingehenden Besprechung der hier einschlägigen Fragen bei dem Reichsamt des Innern in Anregung gebracht.

Nach Ansicht der Kommission sind durch die in Elsaß-Lothringen getroffene Menderung des Ausrottungsverfahrens die Interessen des Rebbaues im allgemeinen, insbesondere aber der dem Erlaß nahegelegenen badischen Weinbaubezirke schwer gefährdet, und ist daher die Kommission mit dem Vorgehen der Großherzoglichen Regierung vollständig einverstanden; auch spricht sie den Wunsch aus, es wolle dem Landtage von dem Ergebnisse der in Vorschlag gebrachten Konferenz seiner Zeit Mittheilung gemacht werden.

In § 38 (Für sonstige Zweie des landwirthschaftlichen Betriebs) finden sich reichliche Mittel, doch geschieht für den Weinbau verhältnismäßig wenig, und doch sind gerade gegenwärtig die Verhältnisse der Rebauern geradezu trostlos. Eine ganze Menge von lektjährigem Wein ist einfach nicht verkäuflich. Sehr viele Leute sind gar nicht mehr in der Lage, ihre dringlichsten Verbindlichkeiten zu erfüllen, sie müssen sich z. B. in größerer Zahl ihre Umlagen stunden lassen. Da ist gewiß der Wunsch berechtigt, die Regierung möge für den Schutz des realen

Weinbaues und Weinhandels eintreten, sie möge insbesondere dafür sorgen, daß die Kontrolle möglichst streng gehandhabt werde.

Unter der Konkurrenz des Auslandes leidet der Fruchtbau schwer. Um ihr zu begegnen und dem Getreidebauer aufzuhelfen, schuf man Getreideabfahrgenossenschaften, wir haben heute deren fünf. Sie bezwecken, Lagerhäuser zu errichten, in denen die nöthigen Vorrichtungen vorhanden sind, um das Getreide zu reinigen, in marktfähigen Zustand zu bringen und konkurrenzfähig zu machen. Durch Ansammlung größerer Getreidemassen soll es ermöglicht werden, auch große Posten an große Firmen zu veräußern. Diese Einrichtung ist neu, und ein abschließendes Urtheil noch nicht möglich; die Erfahrungen, die man aber damit bis jetzt gemacht hat, sind recht günstig. Die Hauptsache ist die, daß der nicht kapitalkräftige Landwirth den ganzen Kaufpreis des Getreides oder wenigstens einen Theil davon sofort bei der Einlieferung erhält. Die Kommission anerkennt den hohen Werth der Getreideabfahrgenossenschaften und glaubt der Großh. Regierung für die Zukunft eine reichliche bemessene Unterstützung derselben empfehlen zu sollen.

Daß zur Förderung der Ziegenzucht eine Summe von 1721 M. 49 Pf. eingestellt wurde, ist sehr erfreulich. Wenn man draußen sieht, daß die Regierung sich thätig für die Förderung der Ziegenzucht annimmt, so wird wohl auch der falsche Hochmuth bei den kleinen Leuten schwinden, die sich bisher zur Ziegenzucht nicht verstehen konnten.

Mit den Erfolgen der Rinderstammzuchtstationen dürfen wir sehr zufrieden sein. Ihr Zweck ist eine raffinerie Zucht der Simmenthaler und Vorderwälder Rasse. Es soll den Viehbesitzern ermöglicht werden, ohne Aufwendung zu großer Summen raffinerie Jungvieh zu bekommen.

Zur Erstellung eines Dienstgebäudes für das thierhygienische Institut in Freiburg sind 150 000 M. als erste Rate angefordert. Der Gesamtaufwand soll sich auf 286 000 M. belaufen. Der Freiburger Stadtrath hat sich in dankenswerther Weise erboten, die Hälfte der Kosten des Bauplatzes mit 51 000 M. zu erlassen. Die Pläne und Kostenvoranschläge wurden der Kommission mitgeteilt und von ihr gutgeheißen. In diesem Institut sollen Untersuchungen über ansteckende Thierkrankheiten vorgenommen, Impfstoffe hergestellt und praktische Vorbereitungskurse für Thierärzte abgehalten werden.

Von der Zweiten Kammer ist auf dem letzten Landtage folgende Resolution gefaßt worden:

„Die Unterzeichneten beantragen in den außerordentlichen Etat des Großh. Ministeriums des Innern, Titel XVI, für Förderung der Landwirtschaft eine Position von 30 000 M. einzustellen zur Beihilfe für die Hagelversicherung des zur Anpflanzung von Reben und Tabak dienenden Geländes, welche Beihilfe im Hinblick darauf, daß die Prämien der Hagelversicherung für diese Handelsgewächse wegen der hohen Schädelfahr außerordentlich hohe, die Nachwirkung des Hagelschadens gerade aber bei diesen Zweigen des Landwirtschaftsbetriebes gewöhnlich eine wirtschaftlich tiefeinschneidende, und insbesondere bei den Reben eine nachhaltige wird, zur Erleichterung der Ausbringung der Vorprämien erfolgen soll. Diese Beihilfe soll nur an Kleinbesitzer und unter Vermittlung der Kreisauschüsse gewährt werden.“

Auf eine Anfrage der Kommission über den Vollzug dieser Resolution antwortete die Regierung, sie habe dieselbe in Erwägung gezogen, sei aber zu dem Ergebniss gelangt, daß ihr keine Folge gegeben werden könne. In

längerer Ausführung wurden auch die Gründe dieser ablehnenden Haltung dargelegt.

Hierzu bemerkt die Kommission: Wenn auch zugegeben werden muß, daß die von der Groß-Regierung für ihre ablehnende Haltung dargelegten Gründe, insbesondere jene bezüglich der Schwierigkeit der Beurtheilung der Kleinbesitzer eine gewisse Berechtigung in sich schließen, so hält die Kommission doch die in der fraglichen Resolution niedergelegten Bestrebungen einer Berücksichtigung werth und gibt dem Wunsche Ausdruck, daß die Groß-Regierung diese für die betreffenden Zweige der Landwirtschaft hochwichtige Angelegenheit im Auge behalten und bei einer eventuellen Aenderung der Gesetzgebung zur Durchführung bringen möchte.

Zum Schluß bitte ich das Haus, es wolle die sämtlichen Positionen des vorliegenden Titels ebenso einmüthig gutheißen, wie die Kommission, und die Regierung, sie wolle alle Wünsche, die von den Vertretern ländlicher Bezirke heute und morgen hier ausgesprochen werden, wenn irgend möglich erfüllen.

Abg. Klein: Alle Anforderungen des vorliegenden Titels haben den Zweck, die Landwirthe neben der Selbsthilfe zu befähigen, konkurrenzfähig zu bleiben und in bessere Verhältnisse zu kommen. Ich unterschätze aber auch nicht die andere Hilfe, über die aber heute nicht gesprochen werden soll, den Schutz gegen das Ausland, und ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß es gelingen möge, zu einer Verständigung zu gelangen zum Schutze der Landwirtschaft.

Die Anforderungen des Budgets bewegen sich in der gleichen Richtung wie seit Jahren. In erster Linie möchte ich nennen die Unterrichtszwecke: die landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, die Ackerbauschule Hochburg und die landwirtschaftlichen Winterschulen. Diese Schulen sind für unsere Landwirtschaft von hoher Wichtigkeit. Sie sind richtig organisiert durch das Zusammenwirken von Gemeinde, Kreis und Staat und haben mit Rücksicht auf die Kürze der Kurse einen möglichst einfachen Lehrplan. Den Ausführungen des Berichterstatters über die Zunahme des Besuchs und über die Entschuldigungsgründe der Landwirthe, die ihre Söhne von diesen Schulen fernhalten, kann ich nicht beitreten. Wenn auch eine Arbeiternoth besteht, so haben wir doch so viele begüterte Landwirthe, daß die Schulen besser besucht sein könnten. Namentlich sollte der zweite Kurs stets besucht werden, da beim ersten Mal nicht alles genügend im Gedächtniß haften bleibt. Man erwirbt sich ein großes Verdienst, wenn man die Landwirthe in dieser Richtung belehrt. Für die neuerrichtete Winterschule in Mosbach danke ich der Regierung. Die Landwirtschaftslehrer, die auch als Wanderlehrer dienen, sind kaum zu entbehren. — Auch die Fußbeschlagsschule entfaltet eine segensreiche Wirkung, und die hohe Bedeutung der landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen braucht nicht erst noch hervorgehoben zu werden.

Zu diesen Zwecken kommen dann noch die Mittel zur direkten Förderung der Landwirtschaft, die Mittel zur Förderung der Rindvieh-, Pferde-, Schweinezucht etc. Auf allen diesen Gebieten sind die Einrichtungen so, daß die Landwirthe zufrieden sein können; sie werden auch nicht von der Regierung einseitig getroffen, sondern im Benehmen mit dem Landwirtschaftsrath. Neben diesen speziellen Positionen findet sich im Budget noch die Summe von 59 000 M. zur Förderung aller anderen Zweige der Landwirtschaft, mit der viel Gutes geschaffen wurde.

Wir haben drei Hauptversicherungen: die Pferdeversicherung ist eine Privatanstalt; die Rindviehversicherung ist durch die Novelle etwas gefördert, aber wenn sie auch aufgenommen hat, so ist ihr Stand dennoch immer noch

nicht befriedigend. Eine sicherere, billigere Versicherung kann man nicht schaffen. Ebenso ist die Hagelversicherung die in jeder Hinsicht billigste Versicherung: sie beruht auf Gegenseitigkeit, kein Aktionär zieht Gewinn aus ihr. Der Landwirth bezahlt nur eine geringe Vorprämie, die Nachprämie hat der Staat übernommen. Es ist zu wünschen, daß diese beiden Versicherungen in ihrer hohen Bedeutung den Landwirthen immer mehr vor Augen geführt werden, damit die Regierung nicht etwa sagen kann: wenn die Versicherung nur so gering benützt wird, so sehen wir den Grund unserer großen Opfer nicht ein. Wir haben Versicherungen, die sich überall sehen lassen können, und es gewährt mir immer hohe Befriedigung, wenn ich z. B. im Deutschen Landwirtschaftsrath im Hinblick auf die gar nicht befriedigenden Zustände anderer Länder unsere vorzüglichen Versicherungsverhältnisse rühmend hervorheben kann.

Es ist durchaus zu billigen, daß neben den 3 Rinderstammzuchtstationen für die Simmenthaler Rasse nun auch eine Station für Vorderwäldervieh eingerichtet wurde. Ich bedaure nur, daß in dieser Hinsicht das Unterland nicht dem Oberland gleich behandelt wird. Die Viehzucht des Unterlandes wird nicht so gewürdigt, wie sie verdient. Wir haben hier für die Viehzucht die gleich günstigen Bedingungen wie das Oberland, wir haben ausgezeichnetes Futter, wir haben den nöthigen Besitzstand, aber es fehlte bisher an einer einheitlichen Organisation. Da wäre eine Zuchtstation von großem Werth gewesen, sie hätte den Landwirthen doch immer das Ideal rationeller Zucht vor Augen gehalten. Im Unterland waren es immer nur Einzelne, die sich eine Förderung der Viehzucht zur Aufgabe machten; und nach dem Abgang dieser Leute stieg man immer wieder von der Stufe herab, die man erklommen hatte. Jetzt haben wir es zur Gründung einer Zuchtgenossenschaft gebracht, und ein Zuchtinspektor wurde ernannt zu ihrer Leitung und Beaufsichtigung. Ich verpöche mir von der Thätigkeit des Zuchtinspektors das Beste und hoffe, daß seine Berichte es vielleicht dahin bringen, daß die Regierung sich von der Nothwendigkeit einer Zuchtstation für das Unterland überzeugt. Vielleicht trägt auch die Manheimer Ausstellung hierzu bei, für die im Budget die erhebliche Summe von 70 000 Mark vorgesehen ist. Die badischen Landwirthe werden wohl diese Ausstellung so bejahren, daß wir uns sehen lassen können. Es ist zu hoffen, daß wir auf dem Gebiete der Viehzucht den Platz behaupten, den wir bisher eingenommen haben, und daß wir im eigenen Lande den Sieg davon tragen, der uns so oft schon auf fremden Ausstellungen zu Theil wurde. Die Weinausstellung sorgt dafür, daß die Kenntniß von den badischen Weinen zunimmt.

Die für den weiteren Ausbau der Ackerbauschule Hochburg vorgesehene Position wird hoffentlich die Zustimmung des Hauses finden.

Die Kredit- und Konsumvereine sind ein Gebiet, auf dem sich die Selbsthilfe betheiligen kann. Dreißig Jahre sind es her, seit der erste derartige Verein in Baden von dem damaligen Landwirtschaftslehrer Märklin gegründet wurde. Er hat nicht seinen Ehrgeiz drein gesetzt, möglichst viele Vereine zu gründen, er nahm eine solche Gründung nur da vor, wo die erforderlichen Leute dazu vorhanden waren. Er hat erreicht, daß bei den 300 Vereinen, die wir jetzt haben, nur sehr wenige Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Diese Kreditvereine bilden eine große Wohlthat für unser Land, besonders vermöge ihrer Fähigkeit, den Wucher hintanzuhalten. Ich begegne gewiß allseitigem Einverständnis der Landwirthe, wenn ich dem jetzigen Leiter der Kreditvereine, Herrn Oekonomierath Schmid, und seinem Stellvertreter, Herrn Pri-

re
er
me
des
em
ogt
abl
em
ter
ang
gen
son
ats-

zuch
arn
eber
aus-

te ist
Per-

vater Buz, hier öffentlich Dank sage. — Bei den Konsumvereinen ist es ebenso. Den ersten hat Herr Schmid gegründet. Heute haben wir über 500 solcher Vereine im Land, die eine äußerst segensreiche Wirksamkeit entfalten. Der Konsumverband ging in neuester Zeit noch andere Wege, indem er Verkaufsgenossenschaften organisierte, von denen ich mir sehr gute Erfolge verspreche. Die Aufgabe, die dem Leiter der Konsumvereine hierdurch erwuchs, ist eine äußerst schwierige, für deren vorzügliche Durchführung ihm öffentlicher Dank gebührt.

Die Laubstreufrage, um die wir beim Domänenetat glücklich herumkamen, will ich hier nicht anregen. Es wurde von Seiten der Domänenverwaltung in entgegenkommendster Weise allen Anforderungen entsprochen. Auf die Dauer wird es aber nicht so bleiben können, die Laubstreuentsnahme muß naturgemäß einmal ihre Grenze haben, alle Bedürfnisse werden sich so nicht decken lassen. Ueber die Nothwendigkeit der Streu werden wir namentlich in trockenen Jahren nicht hinauskommen. Es wäre darum sehr wünschenswerth, wenn sich ein Ausweg böte. Da drängt sich die Frage auf, ob nicht die Torflager in der Weise ausgenützt werden könnten, daß an den einzelnen Stationen des Landes Torstreu zu mäßigem Preis stets vorhanden wäre. Hierüber sind ja schon bedeutende Studien gemacht worden, aber ich meine, es sollte möglich sein, die zu Tage getretenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Zum Schluß gebe ich dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß das vorliegende Budget die Genehmigung des Hohen Hauses finden möge.

Abg. Obkircher: Sie werden es vielleicht auffallend finden, daß ich als Laie als einer der Ersten zum Landwirtschaftsbudget das Wort ergreife. Ich will jedoch nicht auf eine Angelegenheit kommen, die der Herr Vorredner eine Zeit lang stark gestreift hat (Heiterkeit), sondern nur über die Abzuggenossenschaften reden, die in meinem Wahlkreise eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Wir hören viel über zu niedere Getreidepreise klagen. Die Klagen der abgelegenen Gegenden beziehen sich besonders darauf, daß sie nicht an den Vorteilen theilnehmen können, die den Landwirthen zukommen, die in nächster Nähe der großen Handelsplätze wohnen: das Verschaffen des Getreides an diese Handelsplätze verursacht den abgelegenen Landwirthen recht große Frachtkosten. Einen Weg zur Abhilfe bildet der Zusammenschluß zu Genossenschaften, die durch Vereinigung des Getreides zu großen Transporten die Frachtkosten erheblich herabmindern. Die Lagerhäuser dieser Genossenschaften sind besonders da von Wichtigkeit, wo das Getreide nur in geringen Mengen abgeliefert, nicht einheitlich und gleich ist, sondern einer besonderen Behandlung unterworfen werden muß. Die Abzuggenossenschaften sind solche mit beschränkter Haftpflicht, so daß also auch der kleine Mann sich daran betheiligen kann. Sie sind zusammengefaßt unter der Leitung des Gesamtverbandes, der neuerdings eine besondere Einrichtung traf zur Hebung des Kredits: Die Geldausgleichsstelle, Centralkasse. Diese ist ebenfalls eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Mitglieder sind Einzelpersonen und namentlich die Genossenschaftler. Es wurde auch ein Verkaufsbureau in Mannheim errichtet, eine Handelsstelle für den Verkauf des Getreides. Die Lagerhäuser haben Einrichtungen zur Reinigung des Getreides und zur Herstellung von Saattgetreide. Die Anlieferung seitens der Produzenten kann zu jeder Zeit stattfinden, die Uebernahme geschieht entweder fest, durch sofortigen Kauf, oder kommissionsweise. Den Einzelnen ist dadurch die Sicherheit des Abzuges gewährleistet, und sie erzielen dabei einen Preis der dem an Handelsplätzen bezahlten entspricht. Woche für Woche

werden die Preise den Genossenschaften vom Centralplatz aus mitgetheilt, die Auszahlung geschieht entweder gegen bar oder später, wenn das Getreide an Dritte verkauft ist.

Die Mittel werden beschafft durch die Centralkasse, die ihrerseits durch einen ihr seitens der Amortisationskasse eröffneten Kredit gespeist wird. Die Vornahme des Verkaufs durch die Verkaufsstelle ermöglicht die Benützung jeder günstigen Konjunktur und bringt wesentliche Vorteile durch die Beseitigung des Zwischenhandels. Dadurch, daß das Getreide in großen Mengen, in ganzen Waggonladungen geliefert wird, tritt eine erhebliche Frachtersparniß ein, und die Abzuggenossenschaften suchen dadurch auf die Erzielung gleichmäßiger Waare hinzuwirken, daß sie das Saatgut vermitteln. Das Risiko des Geschäfts hat der Verband der Konsumvereine übernommen, selbst gedeckt durch die Haftsumme der Genossenschaften. Die Vorteile des Unternehmens für den Einzelnen werden erst wohl in die Erscheinung treten, wenn eine größere Anzahl von Genossenschaften vorhanden ist, und wenn das Verkaufsbureau bei der Preisbildung selbst mitwirken kann dadurch, daß es viel oder wenig Getreide auf den Markt wirft. Immerhin ist ein langsames Vorgehen empfehlenswerth, da doch erst Erfahrungen gesammelt werden müssen.

Die Entstehung dieser Genossenschaften ist durch thätkräftige Unterstützung seitens der Regierung bedingt. Solche Unterstützung wurde ihnen auch ausreichend zu Theil. Der Gemeinde Schöffenz. B. wurde zu den sich auf 20 556 M. belaufenden Kosten des Lagerhauses mit Einrichtung ein Beitrag von 6850 M. gewährt. Außerdem erstellte die Generaldirektion der Staatsbahnen kostenlos den Anschluß des Lagerhauses an die Station. Auch zur Bildung des Verkaufsbureaus in Mannheim wurde ein Staatsbeitrag gewährt und zugesichert, daß ein weiterer Beitrag zur Bestreitung der Betriebskosten gewährt werden solle. Es sind nun inzwischen weitere Lagerhäuser errichtet beziehungsweise in Angriff genommen, und auch diesen wurde ein Staatsbeitrag in Höhe eines Drittels der Kosten, im Maximum 10 000 M. für jedes zugesichert. Davon können aber aus den Mitteln dieses Budgets jeder Genossenschaft nur 6000 M. gewährt werden, der Rest wird dem nächsten zufallen.

Es sind gegenwärtig weitere Genossenschaften in Gründung begriffen, und auch sie hoffen auf Staatsunterstützung. Ich bitte die Regierung, sich bereit zu erklären, auch den in Zukunft entstehenden Abzuggenossenschaften diese Baukostenzuschüsse zu bewilligen, das Verkaufsbureau in Mannheim auch weiterhin zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß der Centralkasse ein höherer Kredit bei der Amortisationskasse eröffnet wird. Der seitherige Kredit in Höhe von 400 000 M., von denen auf diesen Geschäftszweig nur 200 000 M. zu rechnen sind, ist im vergangenen Jahre vollständig aufgebraucht worden, und es ist klar, daß er nicht mehr ausreichen wird, wenn sich immer neue Genossenschaften bilden. Es werden wohl weitere 2—300 000 M. nöthig sein. Die erforderliche Sicherheit ist gegeben in der Haftsumme der Centralkasse und in Werthpapieren, die hinterlegt werden können. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Voraussetzungen dieses Kredites gegenüber dem seitherigen Zustand eine Erleichterung erfahren möge.

Die Erfahrungen, die wir mit der Schöffenz. B. Abzuggenossenschaft gemacht haben, sind recht gute. Das Ergebnis des im Februar abgelaufenen ersten Geschäftsjahres ist sehr erfreulich: bei der Gründung zählte die Genossenschaft 120 Mitglieder, eine Zahl, die nach einem Jahr schon auf 222 gestiegen war; die Haftsumme beträgt 444 000 M., der Kassenumsatz 182 000 M.; 9500 Zentner wurden angeliefert, und der Reingewinn erreicht

eine Höhe von 1539 M. Dieses günstige Resultat war aber nur zu erzielen durch die Beihilfe der Regierung. — Die Ergebnisse der Zentralkasse sind ebenfalls recht günstig: sie zählt 147 Mitglieder mit einer Kassenkasse von 2700000 M., einem Kassenumsatz von 2160000 M. und einem Reingewinn von 2015 M. — Die Ergebnisse des Verkaufsbureaus lassen sich erst im Juni feststellen, aber allem Anschein nach sind auch sie recht günstig. Der Verkehr desselben hat sich bisher namentlich dahin gerichtet, an die Militärproviantämter Getreide abzuliefern. Die Erfahrungen sind durchaus verschieden. Wir müssen unser Streben dahin richten, zu erreichen, daß die Proviantämter von ihren oberen Behörden angewiesen werden, mehr und mehr die Absatzgenossenschaften dadurch zu unterstützen, daß sie ihnen das Getreide unter günstigen Bedingungen abnehmen. Es ist zu hoffen, daß bei größerer Ausbreitung der Genossenschaften auch die mittleren Runkelmüller das Getreide mehr vom Produzenten selbst kaufen. Ich glaube, daß ein Weiterstreben auf diesem Gebiete unter Teilnahme der Regierung für unsere landwirtschaftliche Bevölkerung recht gute Erfolge bringen wird.

Abg. Müller: Die tüchtige Leitung des Verbands der Konsumvereine und der landwirtschaftlichen Zentralkasse durch Kommerzienrath Reiß und Sekretär Niehm verdient Dank und Anerkennung. Auch der Großh. Regierung sage ich Dank für das Entgegenkommen und für die Unterstützung der Genossenschaften, und ich hoffe und wünsche, daß sie dieses Entgegenkommen auch fernerhin betätigen möge.

Zu bebauern ist es, daß das Getreideverkaufsbureau mit den preussischen Proviantämtern fast keine Geschäfte machen kann, während es an bayrischen Proviantämtern mehrfach namhafte Getreidemengen lieferte. Der Grund liegt in einer Verfügung der preussischen Militärverwaltung, wonach die Proviantämter den Marktpreis ihres Ankaufsbezirks nicht überschreiten dürfen, sie dürfen also auch für bessere Waren keine besseren Preise bezahlen als für die gewöhnliche Waare. Man darf sich also nicht wundern, daß es viele Landwirthe gibt, die auf dem Standpunkt stehen, Getreide nach Quantität und nicht nach Qualität zu kaufen. — Anders ist das in Bayern. Hier legen die Proviantämter für die Waare mit dem niedrigst zulässigen Gewicht eine feste Tare an, die in der Mitte des Preises der Gegend liegt. Für jedes weitere Gramm einer bestimmten Maßeinheit, z. B. eines Liters, wird dann ein weiteres Aufgeld bezahlt. So werden die Landwirthe veranlaßt, Primawaare zu schaffen, zu putzen und in gutem Zustand abzuliefern. Die bayrischen Proviantämter, die billigere Frachtsätze haben als die preussischen, können infolgedessen auch entfernteren Gegenden die Möglichkeit bieten, ihre Waare zu gutem Preis auf den Markt zu bringen. Die bayrischen Proviantämter bezahlen 30 bis 40 Pf. pro 100 kg mehr als die preussischen. Die höheren Preise werden aber dadurch aufgewogen, daß die bessere Waare auch eine bessere Ausbeute ermöglicht. Werkwürdig ist es, daß nicht alle preussischen Proviantämter so unzugänglich sind: wir haben z. B. mit Köln und Saarbrücken schon wiederholt Geschäfte gemacht, und doch sind diese Ämter ziemlich weit entfernt, und es entstehen bedeutende Frachtkosten. Das ist ein Beweis dafür, daß die in Baden stationirten Proviantämtern den Genossenschaften nicht so entgegenkommen, wie es zu wünschen wäre. Im letzten Jahre wurde an badische Proviantämter nur 10 Tonnen Getreide geliefert, nach Straßburg 6, nach Colmar 30, nach Bayern 950, nach Saarbrücken 350 und nach Köln 200 Tonnen. Der Unterschied zwischen den badischen und nichtbadischen

Proviantämtern ist doch zu augenscheinlich! Dieser Zustand sollte geändert werden. Ich bitte die Regierung darauf hinzuwirken, daß die preussischen Proviantämter die gleichen Bedingungen gewähren wie die bayrischen.

Lebhafter Dank sage ich der Regierung für die reichliche Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Budgets. Wir finden nicht nur die altgewohnten Summen wieder, diese wurden noch erhöht. Auch hier hat die Regierung gezeigt, daß sie mit ihren „kleinen Mitteln“ bereit ist, der Landwirtschaft zu helfen. Die Summen zur Förderung der Rindvieh- und Pferdezüchtung sind um 10000 M. erhöht. Bei Prämitungen von Rindvieh werden eben infolge der fortschreitenden Entwicklung der Zucht immer mehr und bessere Thiere vorgeführt, so daß auch größere Summen nötig werden. Zu begrüßen ist es, daß die Regierung sich entschlossen hat, im Unterland einen Zuchtinspektor anzustellen. Er hat als langjähriger Bezirksstierarzt in Meßkirch, in dem Bezirk, der in Bezug auf Simmenthalerzüchtung am weitesten vorgefahren ist, reiche Erfahrungen gesammelt, die er in seiner neuen Stellung zum Segen der Unterländer Bevölkerung verwenden wird. — Auch die Erhöhung der Summe für Förderung der Rinderstammviehzucht begrüße ich dankbar. Ich bitte, auch eine derartige Anstalt im Unterland zu errichten, sie würde gewiß sehr segensreich wirken. — Leider hat auch im letzten Jahr wieder die Maul- und Klauenseuche großen Schaden angerichtet. Ich bitte die Regierung, die Bestimmungen des Seuchengesetzes recht streng zu handhaben und dahin zu wirken, daß auch die benachbarten Staaten mit derselben Strenge auf die Durchführung dieses Gesetzes halten, es liegt dies nicht nur im Interesse der Landwirthe, sondern auch in dem der Viehhändler.

Dem Zuchtinspektor zu Heidelberg ist auch die Förderung und Ueberwachung der Pferdezüchtung überwiesen. Seit dem 1. März wurde ihm auch das Amt des Schriftführers des Verbands übertragen. Es ist zu erwarten, daß es ihm bei seiner großen Sachkenntnis gelingen wird, auch auf diesen Gebieten eine erspriessliche Thätigkeit zu entfalten.

Zur Verbesserung des Stutenmaterials wurden im Jahre 1901 aus Belgien 26 Kaltblutstuten und aus Hannover 9 Halbblutstuten eingeführt.

Während in früheren Jahren für solche mit Staatsunterstützung eingeführte Stuten je zwei Kaufpreischlässe in einer Gesamthöhe von 120 M. gewährt, somit die Kaufpreischlässe für billige und theuere Fohlen dieselben waren, sollen in Zukunft prozentuale Kaufpreischlässe in Höhe von 20 Proz. des Ankaufpreises der Fohlen bewilligt werden. Diese Maßnahme, die auch bei der letzten Tagung des Landwirtschaftsraths gutgeheißen wurde, und die gleichbedeutend ist mit einer wesentlichen Erhöhung der Kaufpreischlässe, dürfte sich deshalb empfehlen, weil die Preise für gutes Zuchtmaterial sowohl des Kaltblut- wie des Halbblutslags in den letzten Jahren eine stetige Steigerung erfahren haben und weil aus der Gewährung prozentualer Kaufpreischlässe für die Uebernehmer der Vortheil erwächst, daß sie bei Beschaffung von theueren und besseren Fohlen und Stuten auch entsprechend höhere Nachlässe erhalten.

Als Mitglied des unterbadischen Verbands sage ich der Regierung für diese billigenwerthe Maßnahme aufrichtigen Dank.

Für die Mannheimer Ausstellung sind 70000 M. angefordert, von denen 40000 M. zur Unterstützung von Genossenschaften zu verwenden sind. Dies wird gewiß mit Dank angenommen. Die badischen Landwirthe werden durch reichhaltiges Ausstellen den Beweis

liefern, daß unsere Landwirtschaft nicht hinter derjenigen anderer Länder zurücksteht. Im letzten Spätjahr hat aus Veranlassung des Ministeriums des Innern in Augustenberg zum ersten Male eine Ausstellung badischer Gerste und badischer Hopfens stattgefunden. Nach meiner Meinung und nach der Meinung vieler Sachverständiger hat hier die in Baden schon lange gepflanzte Pfälzer Gerste die Probe gegen alle anderen Sorten bestanden. Meiner Ansicht nach sollte man aber diese Sorte, die etwas degenerirt ist, durch Anbauversuche wieder neu kultiviren. Die Regierung sollte diese Angelegenheit in die Hand nehmen, zumal die Versuche keine großen Opfer für die Staatskasse bedeuten. Dann könnte in ganz kurzer Zeit diese Gerste als vorzügliche Braugerste im ganzen Land angebaut werden.

In der Pfalz hat man es seit Jahren mit anderen Sorten probirt, aber überall ist man wieder auf die alte Sorte zurückgekommen. Die neuen Sorten verlangen mehr Feuchtigkeit und leiden unter der Gefahr der Frühreife, wenn es kurz vor der Ernte lange regnet. Die Pfälzer Gerste ist bedeutend widerstandsfähiger, kann längere Hitze wohl ertragen, Frühreife tritt bei ihr ganz selten ein. In der Pfalz gibt es kein Produkt, das in Bezug auf Anbaufläche mit der Gerste konkurriren kann. In Heddesheim z. B. sind im vergangenen Jahre 30 000, im vorletzten Jahr gar 40 000 Zentner Gerste auf den Markt gebracht worden. Die Gerste ist seit langer Zeit ein Handelsprodukt ersten Ranges, das Massenangebot macht auch eine größere Rücksichtnahme auf die Qualität der angebauten Gerste nöthig. Es wäre zu wünschen, daß die Landwirtschaftslehrer in den Versammlungen der Besprechung des Gerstenbaues noch mehr Sorgfalt angedeihen lassen als bisher, daß sie den Landwirthen immer mehr zeigen, auf welche Weise gute, fleberarme, mehlfreiche Braugerste zu gewinnen ist.

Den auf die landwirthschaftlichen Winterschulen bezüglichen Ausführungen der Abgg. Schüler und Klein kann ich mich vollständig anschließen. Der Besuch ist zwar verhältnißmäßig gut, er könnte und sollte aber noch besser sein. Der Mangel an Arbeitskräften ist nicht immer eine durchschlagende Entschuldigung. Ich frage bei der Regierung an, ob es nicht möglich wäre, die Anstalt auf der Hochburg oder zu Augustenberg etwa nach preussischem Muster so zu erweitern, daß es jungen Landwirthen möglich wäre, sich weitere Kenntnisse zu verschaffen.

Abg. Pfefferte: Daß die Regierung bei Förderung der Landwirtschaft mit so großer Umsicht und mit so großem Wohlwollen verfährt, verdient alle Anerkennung; vor allem ist es ein Verdienst des früheren Ministers des Innern, Eisenlohr, hier so zielbewußt vorgegangen zu sein, wofür ihm hier öffentlich Dank gesagt sei. Die Erfolge dieser Politik sind offensichtlich. Wenn man bedenkt, wie zäh der Landwirth am Althergebrachten zu hängen pflegt, und doch sieht, daß überall die modernen Einrichtungen in der Landwirtschaft Eingang gefunden haben, so wird man anerkennen müssen, daß ohne eine solche zielbewußte Förderung durch die Regierung die Landwirtschaft sicherlich die Höhe nicht erreicht hätte, auf der sie heute steht, und die Verhältnisse mülhlicher wären, als sie es heute sind. Wenn es dennoch nicht möglich war, alle Mißstände zu heben, so hat das seinen Grund in der Entwicklung der Dinge. Die Vervollkommnung unserer Verkehrseinrichtungen hat den Welthandel und die Industrie zum Aufblühen gebracht, was auf der anderen Seite verschiedene Mißstände im Gefolge hatte, die aber auch überwunden werden müssen. Die Regierung wird gewiß auch hierzu ihre helfende Hand bieten. Eine ungünstige Erscheinung nach dieser Richtung

bildet die derzeitige Lage des oberrheinischen Mühlen-gewerbes. Die gleiche Tarification von Getreide und Mehl macht die mittleren und kleineren Müller, diese altbewährten Abnehmer der landwirthschaftlichen Produkte minder leistungsfähig und bedeutet so indirekt eine sehr große Schädigung für die Landwirtschaft. Ich habe schon jüngst bei Gelegenheit der Eisenbahnbetriebs-debatte auf diese mülhlichen Verhältnisse hingewiesen und möchte an dieser Stelle auch den Herrn Minister des Innern ersuchen, für eine möglichst baldige Aenderung dieser Tarifverhältnisse einzutreten.

Eine große Unterstützung der Landwirtschaft bildet die Förderung des Genossenschaftswesens. Mit diesen Bestrebungen der Großh. Regierung kann man nur einverstanden sein. Durch Errichtung von Absatz- und Einkaufsgenossenschaften, sowie durch Gründung von Kreditvereinen wird viel Gutes gestiftet, und man kann der Regierung nur empfehlen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzuschreiten. Man darf aber nicht vergessen, daß neben den Darlehenskassen auch Vorschußvereine existiren, die meist älteren Ursprungs sind und auch ihrerseits schon seit langer Zeit der Landwirtschaft namhafte Summen zur Verfügung gestellt haben. Auch diesen Vorschußvereinen sollte die Regierung wohlwollend entgegenzutreten, da auch sie zur Förderung des Volkswohlstandes wesentlich beitragen. In jenen Kreisen ist vielfach die Meinung vertreten, als ob diese Vereine bei der Regierung weniger Beachtung erfahren, als sie in Anbetracht ihrer allgemeinen Bedeutung beanspruchen können. Wie weit diese Meinung berechtigt oder irrig ist, mag dahingestellt bleiben, ich beschränke mich darauf, auch diese Klassen dem Wohlwollen der Regierung zu empfehlen. — In der weiteren Ausbildung der Gemeindeparkassen könnte wohl noch einiges geschehen. Nicht überall sind auch gleichzeitig Vorschußvereine vorhanden, es erscheint also wünschenswerth, bei den Sparkassen neben dem Real- auch einen Personalkredit zu bieten. Ich bitte darum, eine Aenderung des Sparkassenwesens nach dieser Richtung in's Auge fassen zu wollen.

Ueber die gesteigerte Förderung, welche die Schweinezucht durch Prämierungen und durch weiteren Ausbau der Zuchtstationen erfahren soll, habe ich mich sehr gefreut. Auch die Märkte verdienen größere Berücksichtigung. Bei der Berathung des Budgets der Heil- und Pflegeanstalten habe ich bezüglich des Emmendinger Schweinemarktes einen Wunsch vorgetragen, dem seitens der Regierung wohl lauchentsprochen werden wird. Der Berichterstatter Wacker hat damals geglaubt, solche Wünsche als „kleine Dinge“ bezeichnen zu müssen. Demgegenüber erinnere ich daran, daß er im letzten Landtag selbst für den Ettlinger Schweinemarkt plaidirte. (Heiterkeit.) Er scheint an sich und an andere zweierlei Maß anzulegen!

Was die Zuchtviehgenossenschaften und speziell die Erleichterung des Bezugs von Zuchtvieh anlangt, bin ich der Kommission dankbar dafür, daß sie dem Wunsche Ausdruck gab, daß auch dem mittelbadischen Verband, dessen älteste Genossenschaften Lahr und Emmendingen sind, diese Vergünstigungen zu Theil werden mögen, sobald ein genügender Stamm von Zuchtvieh vorhanden sei. In Lahr und Emmendingen wird das letztere wohl der Fall sein, und ich bitte, auch ihnen diese Vergünstigung einzuräumen. Das wäre eine Aufmunterung zur consequenten Durchführung des Zuchtverfahrens, weil im finanziellen Erfolg der beste Ansporn gelegen ist.

Mit den die landwirthschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg betreffenden Aenderungen kann man einverstanden sein. Hier ist auch der Platz, dem Herrn Geh. Hofrath Neßler öffentlich Dank zu sagen für seine unablässige, bahnbrechende und erfolgreiche Thätigkeit.

Ich bin den Herren, die auch der Ackerbauschule Hochburg gedachten, recht dankbar. Anzuerkennen ist, daß durch die Erstellung des neuen Schul- und Schlafsaalbaues eine wesentliche Verbesserung der Verhältnisse dieser Anstalt eintreten wird, und ich wünsche, daß der Neubau rasch vorwärts gehen möge. Diese Neuaufwendungen in Verbindung mit den großen Aufwendungen der letzten Jahre — ich erinnere besonders an die Wasserversorgung — legen den Gedanken nahe, ob es nicht zweckmäßig wäre, das Gut aus dem Besitz der Domänenverwaltung in jenen des Ressortministeriums zu bringen, was im Interesse der weiteren Ausgestaltung der Anstalt nur zu begrüßen wäre. Ich bitte die Großh. Regierung, diesem Gedanken näher zu treten.

Recht befriedigt bin ich über die Berufung eines Obstbaulehrers nach Emmendingen, die im letzten Jahre erfolgt ist. Dies entspricht einem von mir und anderen in diesem hohen Hause wiederholt ausgesprochenen Wunsche. Man darf sich von der Thätigkeit dieses tüchtigen Obstbaukenners für den Obstbau des Oberlandes eine wesentliche Förderung versprechen. — Zur Förderung des Obstbaues würde auch die Aufstellung von Dörrapparaten in möglichst vielen obstbaureichenden Gemeinden wesentlich beitragen. Wenn man bedenkt, wie viel Obst insbesondere in der Zeit, in der die allgemeine Reife des Obstes eine Ueberfüllung der Märkte und damit eine gewisse Entwerthung desselben bedingt, unverwerthet oder nur halbverwerthet bleibt, so wird man eine solche Maßregel nur begrüßen können. Der Kreis Freiburg ist in dieser Richtung unterstützend vorgegangen, indem er den Gemeinden Beihilfe zu diesem Zwecke gewährt. Ich möchte der Großh. Regierung anheimgeben, zu erwägen, ob nicht auch für sie aller Anlaß vorliege, durch Zuweisung von Beihilfen zur Aufstellung von Dörrapparaten fördernd einzugreifen. — Die Gründung und Förderung von Abzuggenossenschaften für Obst ebenfalls zu empfehlen, nehme ich wiederholt Anlaß.

Daß die Förderung des Rebbaues für unser Land mit etwa 20 000 Hektar Weingelände von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, kann nicht bestritten werden. Nun steht aber fest, daß das alte Reichsweingesez in Verbindung mit den derzeitigen Zollverhältnissen unserem Rebbau namhaften Schaden namentlich deshalb zugefügt hat, weil es Trester- und Hefenwein zuläßt, der für den Naturwein eine schwere Konkurrenz bildet, erschwert noch durch die zu einem billigen Zollsatz eingeführten ausländischen Trauben. Ich darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Regierung dafür eintreten wird, daß durch die Säge des neuen Zollsatzes hier eine Besserung geschaffen wird. Ob das neue Weingesez den auf dasselbe gesetzten Hoffnungen entsprechen wird, muß abgewartet werden. Erst vom 1. Oktober d. J. an wird der Verkauf der sog. verbesserten Weinen eingestellt, die gewerbsmäßige Herstellung von Kunstwein ausgeschlossen sein. Erst dann wird dem Weinbau wesentlich aufgeholfen werden. Unser badisches Kunstweinsteuergesez scheint mir unter diesen Umständen absolut keinen Werth mehr zu haben. Man sollte es aufheben.

Eine besondere Gefahr für unsere Reben ist die Reblaus. Bedenklich ist die Zunahme der Reblausherde in Elsaß-Lothringen. Sehr erfreulich ist, daß bis jetzt bei uns kein solcher entdeckt wurde. Es sollte alles ausgetrieben werden, damit wir von ähnlichen Verhältnissen, wie in Elsaß-Lothringen verschont bleiben. Die dortigen Vorgänge geben zu zweierlei Erwägungen Anlaß: 1. ob die angewandten Bekämpfungsmittel wirklich versagten, oder 2. ob bezüglich der Beaufsichtigung nicht genügende Vorsicht gewaltet hat. Die letztere Annahme drängt sich unwillkürlich auf. Die neueste Absicht der elsäß-lothringi-

schen Regierung soll nun dahin gehen, eine andere Art der Bekämpfung der Reblaus einzuführen. Es erscheint mir nicht angebracht, daß unsere Nachbarländer eine andere Praxis einführen, durch die wir geschädigt werden könnten. Ich ersuche die Großh. Regierung im Namen unserer Rebbesitzer, eine energische Stellung in dieser Frage einzunehmen, die für unser Land von so großer Tragweite ist. Ich glaube, daß aber auch unsererseits noch Einiges zur Abwendung dieser Gefahr geschehen könnte. Hierher rechne ich vor allem möglichst häufige weitere Begehung der Reberge durch Sachverständige, Johann Belehrung aller Winzer über die Größe der Gefahr und ihre Solidarität in dieser Sache. Ich habe das Gefühl, daß in den letzten Jahren hier ein etwas ruhigeres Tempo, eine gewisse Stagnation eingetreten ist. Das Anwachsen der Reblausherde im Nachbarland sollte aber das Gegentheil erwarten lassen. Zu empfehlen ist auch mögliche Vermehrung der Rebschulen. Weiter wäre zu erwägen, ob nicht unsere (6) Rebezirke verkleinert, neue Bezirke gebildet werden sollten auch im Interesse der Verhütung der Verschleppung der Reblauskrankheit.

Der letzte Landtag hat eine Resolution wegen Beihilfe zu Vorprämien bei der Hagelversicherung des Reben- und Tabakgeländes beschlossen. Die Großh. Regierung hat die Resolution abgelehnt. Es ist anzunehmen, daß die Gründe der Großh. Regierung bis zu einem gewissen Grad berechtigt sind. In der Kommission hat sie noch auf das große Risiko des Staates, auf den finanziellen Effekt, auf die Konsequenzen nach anderer Seite hin hingewiesen. Andererseits ist aber auch der Schaden des Landwirths bei Hagelschlag für den Reben- und Tabakbauer oft ein so großer, daß es wohl berechtigt wäre, hier eine Ausnahme zu machen. Deswegen erscheint die Erwartung berechtigt, daß die Großh. Regierung diesem Wunsch der Budgetkommission bei einer Revision des Gesetzes oder bei einem neuen Abkommen mit der Versicherungsgesellschaft Rechnung zu tragen.

Abg. Franz wünscht, daß die landwirtschaftlichen Vereine u. beherrschend auf den Bau guter Gerstenorten u. hinwirken. Die Bauern meinen, daß minderwerthige Produkte genau so theuer bezahlt werden müssen, wie gute. Kauft eine Brauerei aber solche minderwerthige Waare, dann schimpfen die Bauern zuerst über das schlechte Bier. (Heiterkeit). Nicht richtig ist, was der Herr Abg. Zehner seinerzeit sagte, daß die Großbrauereien sehr wenig inländische Gerste benötigen. Ebenso liegt es beim Hopfenbau. Der Herr Abg. Zehner hat auf die großen Mengen in Deutschland eingeführter Gerste hingewiesen. Diese Gerste wird aber nicht bloß von den Brauereien verwendet, sondern auch zu Futterzwecken u. Beim Hopfen ist zu bemerken, daß für das helle Bier (nach Pilsner Art) Böhmer Hopfen von den Brauereien bezogen wird wegen der dort vorhandenen musterartigen Trocknungseinrichtungen (Darren). Ich möchte die Regierung bitten, in Erwägung zu ziehen, ob solche Darren bei uns nicht von den Gemeinden oder Genossenschaften errichtet werden könnten, um namentlich kleineren Produzenten zu ermöglichen, ihre Produkte vor dem Verderben zu schützen. Der Hopfenbau leidet bei uns dadurch, daß der badische Hopfen als minderwerthig bezeichnet wird und daher nur einen geringen Preis erzielt.

Abg. Blümmel: Ich möchte den Herrn Abg. Franz nur bitten, auch dafür zu sorgen, daß die Landwirthschaft jetzt recht rege Abnehmer in den Brauereien findet. — Man kann nur einverstanden damit sein, daß Regierung und Landtag die landwirtschaftlichen Interessen stets zu wahren bestrebt sind. Der Bauernstand ist auch heute

noch der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht. Der Bauer ist im Grunde konservativ. Der Fortschritt im Bauernstand vollzieht sich mit einer gewissen Ruhe. Der landwirtschaftliche Fortschritt hat zwei große Feinde: die Leutenoth und die Schuldenoth. Zu ersterer möchte ich nur soviel sagen, daß es für den Landwirth außerordentlich schwer fällt, tüchtige Dienstboten zu finden. Ich habe seiner Zeit mit großer Befriedigung gelesen, daß auch der Landwirtschaftsrath sich mit dieser Frage befaßt hat. Hierher gehört auch die Landflucht vieler Bauernmädchen. Zu begrüßen ist die Thätigkeit der landwirtschaftlichen Vereine und Genossenschaften. Was sie für die theoretische und praktische Belehrung der Landwirtschaft thun, ist recht anzuerkennen.

Ich möchte dann noch einige Wünsche aus meinem Bezirk vortragen. Im Kreis Waldshut kommt der Obstbau mehr und mehr in Blüthe und es wird auch schon recht viel Obst nach auswärtig verhandelt. Viel Obst geht aber in guten Obstjahren zu Grunde, weil es an dem nöthigen Versandmaterial (Versandtkörben) fehlt. Eine Anzahl von Gemeinden wünschen Einrichtung von Obstmärkten in Waldshut. Ich möchte die Regierung bitten, feststellen zu lassen, ob ein wirkliches Bedürfnis vorhanden ist und dann eventuell auf die Errichtung solcher Märkte hinzuwirken. Ein anderes für jene Gegend sehr wichtiges Gebiet ist die Hühnerzucht. Der Görwylher Geflügelzuchtverein will Brutmaschinen anschaffen und hat ein Gesuch deswegen an die Regierung gerichtet, um dessen Berücksichtigung ich bitte. Für die Schweinezucht wäre die Errichtung weiterer Zuchtstationen im Waldshuter Bezirk zu wünschen. Redner wünscht weiter u. a., daß bei der Viehzucht die Simmenthaler Rasse nicht ausschließlich verwendet werden und empfiehlt weiteren Bau von Getreidelagerhäusern.

Hg. **Neuwirth**: Unsere Landwirthe sollen nicht müßig die Hände in den Schooß legen, sich nicht ausschließlich auf Staatshilfe verlassen. Ein junger Landwirth hat heute große Schwierigkeiten bei der Uebernahme eines landwirtschaftlichen Betriebs. Es ist ja erfreulich, daß der Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule wieder zugenommen hat. Aber die Zahl der Schüler befriedigt mich noch lange nicht. Der Unbemittelte kann diese Schulen nicht besuchen. Mit der Einführung der gewerblichen Fortbildungsschule auf dem Lande ist ein großer Fortschritt gemacht. Unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung sollten nach und nach ähnliche Fachschulen geboten werden. Mit der Einführung des neuen Lehrbuchs für die Fortbildungsschule ist gerade im Interesse der Landwirtschaft ein wirklich bedeutender Fortschritt gemacht worden. (Redner geht auf dessen Inhalt ein.) Auch die Haushaltungsschulen sind von wirklich wohlthätiger Wirkung. Es ist eine Freude zu sehen, wie die Frauen es verstehen, das hier Gelernte praktisch zu verwerthen. Diese Kreishaushaltungsschulen erhalten Staats- und Kreisunterstützung. Sie gewähren Verpflegung zum Selbstkostenpreis. Das Schulgeld ist ein mäßiges. — Der Tabakbau hat in letzter Zeit große Fortschritte gemacht. Bei dem Tabakbau müssen wir namentlich mit der Düngung vorsichtig sein. Hier sind von einer Reihe von Landwirthen große Fehler gemacht worden. Die Konkurrenz mit dem Ausland macht eine gute Qualität unseres Tabaks zur Nothwendigkeit. — Durch den Rückgang des Zuckerrübenpreises ist leider der Zuckerrübenbau überhaupt in Frage gestellt. — Einverstanden bin ich mit den Ausführungen über das Genossenschaftswesen und über die Lagerhäuser. Ein Mißstand ist es, daß unsere Landwirthe zuviel Getreide, Gersteforten u. bauen. Gerade die Genossenschaften könnten hier auf das Bauen hinwirken. Die vielerlei Sorten sind nachtheilig

für die Verwerthung z. B. der Gerste durch die Brauereien. Genau so liegt die Sache beim Obst. Bereits vor zwei Jahren habe ich auf die Nothwendigkeit systematischer Obstanzpflanzungen hingewiesen in Bezug auf das Beispiel in meiner eigenen Gemarkung.

Mit dem, was über die Pferdezucht gesagt wurde, bin ich einverstanden. Den Wunsch nach einem Staatszuschuß für die Pferdeversicherung habe ich bereits früher angeregt. Der Einwand, daß die Pferdezüchter meist reiche Leute seien, ist unrichtig. — Für die Viehzucht ist neben guter Fütterung vor allem eine gute Weide von Werth. Auf diesen beiden Punkten beruht die Ueberlegenheit der Schweizer. Zu bedauern ist, daß die Viehverversicherung sich sehr langsam Eingang verschafft. Die Fortschritte sind nicht so groß wie sie sein sollten. Die Hagelversicherung hat wohlthätig gewirkt.

Ein Einblick in die allgemeine Lage des Bauernstandes gewährt leider kein erfreuliches Bild: auf der einen Seite hohe Arbeitslöhne, auf der andern die Landflucht. Die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse sind sehr ungünstige. Wir hoffen und wünschen aber, daß durch die Schutzölle sich die Verhältnisse wieder bessern werden.

Hg. **Mampel** begrüßt die Umwandlung des Landwirtschaftsraths in eine Landwirtschaftskammer, von der er sich die besten Resultate verspricht. Die landwirtschaftliche Versuchsanstalt hat Vorzügliches geleistet. — Redner geht des Weiteren auf landwirtschaftlich-technische Fragen ein: Die künstlichen Dünger sind mit Vorsicht anzuwenden. — Bei der Behandlung des Tabaks ist neben der richtigen Behandlung auf dem Felde auch die Behandlung unter Dach von Bedeutung. Beides legt Redner näher dar und tritt im Anschluß daran für ein staatliches Tabakmonopol ein.

Einsichtlich des Hopfenbaus sollte die Regierung sich einmal mit der in meiner Nähe errichteten Darreanstalt der Brauerei Schrempp befassen. Solche Darreanstalten könnten vielleicht durch Genossenschaften errichtet werden.

Redner wünscht weiter die Errichtung einer landwirtschaftlichen Hochschule und begrüßt die hohen Summen für Förderung der Schweinezucht. — Was die Pferdezucht angeht, so taugt ein halbblütiges Pferd besser als Ackerpferd. Man sollte diese Thatsache beachten. — Bei der Rindviehzucht sollte man mehr Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung nehmen. Das Simmenthaler Vieh ist ja zweifellos das schönste. Wo aber die Bevölkerung auf die Milchviehwirtschaft angewiesen ist (z. B. in der Nähe großer Städte), da ist anderes Vieh für sie geeigneter. — Die Viehverversicherung macht nur langsame Fortschritte. Der Landwirth ist eben in solchen Dingen vorsichtig. Die Viehverversicherung hat auch ihre Mängel. — Redner wünscht eine weniger strenge Handhabung der Stallpferde bei Maul- und Klauenseuche. Gegen die Rindviehtuberkulose hat sich die Impfung bewährt. Vor allem sollte alles Handelsvieh geimpft sein. Zu vermeiden ist, daß seuchenverdächtig es Vieh zu dem Zuchtfarren gebracht wird.

Alle vorgeschlagenen Mittel sind recht gut, um die Landwirtschaft zu erhalten. Ob sie auch gut sind, um die Landwirtschaft zu heben, ist eine andere Frage. Die wirtschaftlichen Zustände sind an der Noth der Landwirtschaft Schuld. Alle Redner haben sich als Freunde der Landwirtschaft bezeichnet. Aber manche sind es wohl nur so, wie es der Kutscher zu seinem Pferd ist, nur so lange es lebt und ihm nützt. Die Mittel zur Hebung der Landwirtschaft (Genossenschaftsbildung, technische Ausbildung, Versicherung) haben wir schon lange. Sie sind aber nicht Jedermann zugänglich. Der Vorwurf, daß der Landwirth noch wirtschaftslos, wie zu Großvaters Zeiten, ist unberechtigt. Wo

maschinelle Einrichtungen z. möglich sind, werden sie angewandt. Unrichtig ist auch, was der Herr Abg. Dreesbach gesagt hat, daß der Bauer von 12 Hektar sein Brod noch kaufen muß.

Wir haben alles Interesse daran, der Landwirtschaft wieder auf die Füße zu helfen. Wenn die Landwirtschaft leidet, dann leiden alle Berufsstände. Industrie und Landwirtschaft müssen Hand in Hand gehen, damit die Landwirtschaft wieder zu der früheren Blüte komme.

Minister des Innern Dr. Schenk: Es gibt wohl keinen Verhandlungsgegenstand, bei dem es so angenehm ist, als Vertreter der Regierung in diesem Hause zu erscheinen, als gerade beim Landwirtschaftsbudget. Zwar lasten noch immer auf der Landwirtschaft schwere Wolken und tiefe Schatten. Andererseits sehen wir aber auch eine Anzahl von Lichtblicken, wozu namentlich die Fortschritte in der landwirtschaftlichen Technik und im Genossenschaftswesen gehören, welche die berechtigte Hoffnung erwecken, es werde unsere Landwirtschaft auch in Zukunft das bleiben, als was sie einer der Herrn Vorredner bezeichnet hat: eine der Hauptgrundlagen unserer Gesellschaft, unseres Staatswesens. Trotz dem über der Landwirtschaft noch lagernden Gewölke ist die Atmosphäre bei diesen Landwirtschaftsberatungen warm und hell; es wird ja von allen Rednern anerkannt, daß die Regierung, unterstützt von dem Landtage, alles thut, um die schwierige Lage der Landwirtschaft zu beseitigen oder möglichst zu mildern. Die im Staatsvoranschlag für die Förderung der Landwirtschaft ausgeworfene Summe ist ja von Budgetperiode zu Budgetperiode gesteigert worden. Durch Erhöhung einer Anzahl von Positionen, beträgt sie jetzt bereits mehr als zwei Millionen, nämlich 2 119 000 M. Der Herr Finanzminister, der ja ein sehr warmes Herz für die Landwirtschaft hat, hat sich trotz der nicht günstigen Finanzlage gern entschlossen, auch in diesem Jahre den als nötig erachteten Erhöhungen zuzustimmen. In den vielfachen Interesse erweckenden Ausführungen, die der Herr Berichterstatter in seinem gedruckten Bericht und heute mündlich gemacht hat, und den Darlegungen der anderen Redner ist einerseits dem Ministerium, andererseits den verschiedenen Beamten der Landwirtschaftsverwaltung Dank ausgesprochen worden, den ich nur aus ganzem Herzen erwidern kann. Dieser Dank gebührt in erster Linie meinem Herrn Vorgänger, der zwar kein landwirtschaftlicher Fachmann war — das ist auch nicht nötig —, dem aber hier, wie auf anderen Gebieten, technische Kräfte zur Seite standen, deren er sich mit Scharfblick zu bedienen wußte. Diesen Herrn und denen, die draußen im Lande, unterrichtend und untersuchend und belehrend mit der Erfüllung der der Regierung obliegenden landwirtschaftlichen Aufgaben betraut sind, gebührt alle Anerkennung; namentlich den Landwirtschaftslehrern; dann den Leitern unserer Versuchsanstalten, und ich freue mich, daß die Absicht der Regierung, diesen Anstalten noch eine weitere (das thierhygienische Institut) beizufügen, allgemeine Anerkennung in diesem Hause gefunden hat; auch der Thätigkeit der Bezirksthierärzte ist hier zu gedenken; sie sind ja nicht bloß Beamte der Seuchenpolizei, sondern sehr wichtige Organe zur Unterstützung der Thätigkeit des Staates, der Gemeinden und Genossenschaften für Förderung der Viehzucht.

Aus den heutigen Verhandlungen und den sachverständigen Ausführungen einer Anzahl von Rednern habe ich sehr viel gelernt. Sie berühren hauptsächlich das technische Gebiet. Eine etwaige Erwiderung darauf will ich als Nichtfachmann den Herren neben mir überlassen. Näher berührt nicht das spezifisch wirtschaftliche Gebiet. Einige der Herren, deren Ausführungen dieses Gebiet be-

handelt haben, haben es mir erspart, darauf näher einzugehen. Es hat namentlich der Herr Abg. Obkircher den Nutzen der Getreideabgabgenossenschaften überzeugend dargelegt. Nur auf einzelne Fragen möchte ich näher eingehen, und zwar zunächst auf die Frage der Viehversicherung. Der Herr Abg. Schüler hat in seinem Bericht und seinen heutigen mündlichen Ausführungen hervorgehoben, daß die Abänderung des Viehversicherungsgegesetzes dazu beigetragen habe, die Zahl der Ortsviehversicherungsvereine sehr wesentlich zu vermehren und das Verständnis für diese Einrichtung wesentlich zu steigern. Demgegenüber haben zwei andere Redner gemeint, daß die Fortschritte noch nicht genügend seien. Es ist nun zwar richtig, was der Herr Abg. Schüler hervorgehoben hat, daß mit der Einführung der Viehversicherungs-Novelle ein plötzlicher Aufschwung nach vorn gemacht worden ist, aber auch die Herren Abg. Klein und Neuwirth haben Recht, wenn sie darauf hinweisen, daß erst in 236 Gemeinden, also in 15 Prozent aller Gemeinden, sich solche Ortsviehversicherungsanstalten (die dem Verband angeschlossen sind und vom Staate unterstützt werden) befinden. Immerhin stehen wir mit diesem Gesetz und unsern Fortschritten in der Viehversicherung noch an erster Stelle unter den deutschen Staaten. Wir haben Vergleichen über die Ergebnisse der Viehversicherung in Baden und in Bayern, wo zwar nicht wie bei uns ein bedingter Versicherungszwang besteht, aber für die Viehversicherungsanstalten und ihren Verband auch sehr erhebliche Staatsunterstützungen gezahlt werden, angestellt. Diese Vergleichen fallen für uns günstig aus. Die Zahl der versicherten Rindviehbestände beträgt darnach in Baden 22 254 in Bayern 74 020, die Zunahme in Baden gegen das Vorjahr 15 Prozent, in Bayern nur 1,78 Prozent mehr. Von 651 000 Stück Rindvieh in Baden sind 74 877 gleich 11,49 Prozent versichert, in Bayern von 3 550 000 Stück nur 289 507 gleich 8,15 Prozent. In Baden haben wir immerhin Fortschritte gemacht und sind wohl in raschem Fortgange begriffen, als in Bayern. In Baden wird von Seiten des Staates auch mehr geleistet. Die Viehversicherung erstreckt sich insbesondere in Baden nicht nur auf umgestandene Thiere, sie ist daneben auch eine Krankenversicherung. Die Leistungen des badischen Staates für die Viehversicherung sind seit Einführung der Novelle sehr gestiegen. Seit Einführung des Gesetzes von 1890 ist mehr als eine halbe Million Mark zur Unterstützung der Viehversicherung aus der Staatskasse verwendet worden. Man muß sich doch fragen, ob es wirklich angezeigt ist, daß der Staat für eine Anzahl von Viehversicherungsanstalten in einem Theil der Gemeinden diese Opfer bringt, ob wir nicht, wie es z. B. in einigen Kantonen der Schweiz geschehen ist, die Viehversicherung als allgemeines Institut für das ganze Land organisiren sollten. Wir werden das zu erwägen haben, wenn die Giltigkeitsdauer der die Staatsunterstützung regelnden Vorschriften ihrem Ende entgegengeht, ohne daß ich übrigens damit schon eine feste Anschauung über das, was geschehen soll, zum Ausdruck bringen will.

Sinsichtlich der Hagelversicherung kann ich mit Vergnügen feststellen, daß die neue Vereinbarung mit der norddeutschen Hagelversicherungsgesellschaft sich bewährt hat, daß sie sogar unter schlechten Verhältnissen zu einer großen Wohlthat für unsere Landwirthe geworden ist. Gerne habe ich ferner vernommen, daß die Kommission den Ausführungen der Regierung über die von dem letzten Landtag gefasste Resolution (die Gewährung besonderer Beihilfen für die Hagelversicherung des zur Anpflanzung von Reben und Tabak dienenden Geländes betreffend) im wesentlichen beigetreten ist. Die Regierung ist der Ansicht, daß es sehr bedenklich wäre,

besonders hohe Unterstüßungen für die Hagelversicherung einzelner Handelspflanzen zu gewähren. Sie anerkennt aber, daß man später einmal, wenn etwa wieder eine Neuordnung der Hagelversicherung in Frage kommt, auch werde erwägen müssen, ob man auf diesem Gebiet doch diese oder jene Rücksicht eintreten lassen könne. Ich bezweifle aber, ob erfüllt werden kann, was jene Resolution vor zwei Jahren forderte und ich bin der Kommission dankbar dafür, daß sie diese Forderung abgeschwächt hat und nur noch die Regierung bittet, diese Frage in Erwägung zu ziehen.

Für die Pferdeversicherung haben wir in Baden eine Pferdeversicherungsgesellschaft, die erfreulicher Weise sehr lebenskräftig ist und nur wohlthätig wirkt. Auf welcher soliden Grundlagen diese Gesellschaft ruht und wie gut sie ihre Aufgabe erfüllt, kann man auch daraus ersehen, daß sie ihre Thätigkeit auch auf andere Staaten ausgedehnt hat, namentlich Elsaß-Lothringen, wo sie sogar einen Zuschuß erhält, aber, so viel ich weiß, lediglich um die erste Organisation der Gesellschaft im Reichslande zu erleichtern, nicht um die Prämien zu mindern. Es erscheint mir sehr zweifelhaft, ob der Anregung des Herrn Abg. Neuwirth stattgegeben werden kann, daß die Großh. Regierung nun auch noch besondere Zuschüsse für die Pferdeversicherung einstellen möge, um eine Senkung der Prämien bei der Versicherung badischer Pferde herbeizuführen.

Ich komme nun zur Frage der Unterstüßung der Viehzucht. Von zwei Seiten (den Herren Abgg. Klein und Müller) ist darüber geklagt worden, daß im Unterlande noch keine Stammzuchtstation bestünde, während im Oberlande bereits vier solcher Anstalten errichtet worden seien. Diese Thatsache ist nun natürlich nicht etwa durch eine größere Vorliebe der Regierung für das Oberland, sondern einfach dadurch zu erklären, daß Zuchtstationen zuerst in der Gegend errichtet werden mußten, wo der Viehschlag seinen natürlichen Boden hat, und das ist eben für den Wälder- und Simmenthaler Schlag das badische Oberland. Das bloße Vorhandensein einer solchen Station ist übrigens für die betreffende Gegend noch kein besonderer Vortheil; von großer wirtschaftlicher Bedeutung aber ist es, daß die Landwirthe die Thiere aus der Station billig und rasch bei vorhandenem Bedarf erhalten können. Schon jetzt werden zu diesem Zweck den Unterländern bei Ankauf von solchem Vieh aus den Zuchtstationen des Oberlands Frachtermäßigungen und Frachtnachlässe gewährt. Damit scheint mir den Bedürfnissen des Unterlands schon im wesentlichen genügt zu sein. Es hat aber weiter die Regierung noch die Bildung eines Zuchtverbands und von Zuchtgenossenschaften für das Unterland gefördert, theils durch die Thätigkeit unserer Verwaltungsbeamten, theils durch Bestellung eines Verbandinspektors. Erst wenn diese Zuchtgenossenschaften sich besser organisiert haben, der Verband sich gekräftigt hat, auch eine Jungviehweide errichtet ist, wird die Errichtung einer Stammzuchtstation in Frage kommen können. Es würde allerdings einige Vortheile für das Unterland haben, wenn auch es eine solche Station erhalten würde. Die Regierung lehnt diesen Wunsch auch keineswegs ab. Er wird aber jedenfalls nicht in dieser Budgetperiode, vielleicht in der nächsten Budgetperiode, erfüllt werden können.

Ganz besonders hat mich gefreut, daß von verschiedenen Rednern die große Bedeutung unseres Genossenschaftswesens anerkannt worden ist. Was hier geschehen ist, war nur dadurch zu erreichen, daß die Landwirthe selbst die Bedeutung des Zusammenschlusses erkannten und selbst thätig dazu mitwirkten. Die Großh. Regierung hat sich allerdings der Sache angenommen; es waren ja vor Allem Beamte, welche zuerst auf die große Bedeutung

des Genossenschaftswesens aufmerksam gemacht, und welche als Berater und Lehrer bei der Bildung der Genossenschaften, der Organisation ihres Betriebs mitgewirkt haben und die Regierung hat beträchtliche Mittel zur Unterstützung der Genossenschaftsbildung zur Verfügung gestellt. Ohne die eigene Thätigkeit der Landwirthe selbst wäre aber doch nichts aus der Sache geworden. Man muß das umso mehr anerkennen, als beim Landwirth gewisse Momente vorliegen, die einem genossenschaftlichen Zusammenschluß keineswegs günstig sind. Bei dem Landwirth besteht immer noch ein gewisses Mißtrauen nicht bloß gegen das, was er die „Herrschaft“ nennt, und ihre Organe, sondern auch gegen seinen Nachbarn, ein Mißtrauen, das ihn oft abhält, mit diesem in unmittelbarem Verkehr, ohne Mitwirken des Vermittlers, ein vortheilhaftes Geschäft abzuschließen. Herr Abg. Blümmel hat gemeint, der Charakter unseres Bauern habe sich gar nicht geändert. So sehr ich den meisten übrigen Ausführungen des Herrn Abg. Blümmel beipflichte, dieser kann ich es nicht. Seit den letzten 50 oder 100 Jahren hat sich unter den geänderten Verhältnissen auch der Charakter des Landwirths wesentlich geändert. Das gegenseitige Mißtrauen ist durch Verhältnisse entstanden, die jetzt zum Segen des Landes beseitigt sind. Unter Mitwirkung des Staates ist seit 100 Jahren eine Befreiung des Bauern in persönlicher und dinglicher Beziehung, von der persönlichen und dinglichen Gebundenheit, von Frohnden, Zehnten, Gülten und ähnlichen Lasten eingetreten. Die Selbstverwaltung in der Gemeinde ist ihm zurückgegeben worden. Damit ist dieses Mißtrauen zum großen Theil geschwunden, damit ist es möglich geworden, was man vor 30 bis 40 Jahren kaum für möglich gehalten hätte, daß das Genossenschaftswesen sich gerade in der Landwirtschaft noch mehr entwickelte, als in anderen Erwerbszweigen.

Der Thätigkeit der landwirtschaftlichen Kredit- und Konsumvereine, Zuchtgenossenschaften, der centralen Verbände, ist bereits gedacht worden. Am Schwierigsten aber ist die Errichtung und die Thätigkeit einer Art der landwirtschaftlichen Genossenschaften, nämlich der Verkaufsgenossenschaften. Hier haben wir zur Zeit erst die Ansätze einer Genossenschaftsbildung in einer Anzahl von Eier-, Milch-, Winzer-, Getreideablaggenossenschaften. Den Herren, die an der Spitze der verschiedenen Verbände stehen, müssen wir ganz besonders danken für ihren Aufwand von Mühe und Zeit. Ich war sehr erfreut, die Namen dieser Herren heute in diesem Sinne nennen zu hören. Zu meiner Freude habe ich noch neuerdings aus den Berichten einiger Landwirtschaftslehrer gesehen, daß durch die Thätigkeit der in der Entwicklung begriffenen Getreideablaggenossenschaften und des centralen Verkaufsbureaus des Konsumvereinsverbandes die Getreidepreise da und dort bereits erhöht und die Händler zur Nachfolge veranlaßt wurden. Ich begrüße die Thätigkeit dieser Absatzgenossenschaften vor Allem auch deshalb, weil sie auch erzieherisch auf den Landwirth wirken wird. Er ist nun genöthigt, auch eine gute Auswahl hinsichtlich des Saatgutes vorzunehmen und für einen guten Zustand seiner Produkte bei der Ablieferung zu sorgen. Die Regierung ist sehr gern bereit, wenigstens für die nächsten Jahre diese Absatzgenossenschaften noch weiter zu unterstützen. Es handelt sich ja bei uns nicht um große theuere Kornhäuser, wie zum Theil in Norddeutschland, sondern im wesentlichen um kleinere Lagerhäuser. Es wird jedesmal genau geprüft werden müssen, ob auch ein wirkliches Bedürfnis vorliegt. Wenn das aber der Fall ist, dann ist die Regierung gern bereit, wie schon bei den seither errichteten Lagerhäusern, einen Theil der Kosten der Errichtung zu tragen, soweit die Budgetposition reicht. Wenn sie aber nicht reichen sollte, dann wird auf dem nächsten

Landtag wohl keine Anklage gegen die Regierung erhoben werden, wenn wir vielleicht auch über das Budget hinausgegangen wären. Es sind übrigens von der „Rheinischen Hypothekbank“ 20 000 M. zur Unterstützung von landwirtschaftlichen Zwecken aus Anlaß des Regierungsjubiläums gestiftet worden, die von Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog dem Ministerium überwiesen wurden. Es ist nun namentlich in Erwägung gezogen worden, ob daraus nicht vielleicht die Getreidelagerhäuser unterstützt werden sollten. (Beifall.)

Von einigen Rednern wurde bemängelt, daß noch nicht alles, was wünschenswert wäre, zur Abwendung der unserer Landwirtschaft drohenden Seuchengefahren geschehen sei. Der Herr Abg. Müller hat zwar die Berechtigung eines strengen Vorgehens gegen die Maul- und Klauenseuche durchaus anerkannt. Die Erfolge dieses Vorgehens sind auch ganz günstige. Es ist ja nicht möglich, aus einem Lande, wie Baden, mit den langgestreckten Grenzen und dem entwickelten Viehhandel, die Maul- und Klauenseuche vollständig zu verbannen. Wir haben aber doch die Erfahrung gemacht, daß die Seuche in Baden verhältnismäßig weniger Thiere ergreift, als in den umliegenden Staaten. (Redner verweist auf die Statistik.) Es ist auch in letzter Zeit die Maul- und Klauenseuche in unserem Lande zurückgegangen, nicht zum Wenigsten infolge der strengen Maßregeln gegen dieselbe. Wenn der Abg. Mampel sich beklagt über zu strenges Vorgehen, namentlich allzulanges Sperren der Ställe, dann beklagt er sich über eine wirklich nicht zu entbehrende Maßregel. Wir haben übrigens mit Rücksicht auf den erfreulichen Weise in letzter Zeit zu bemerkenden Rückgang der Seuche wenigstens einige Milderungen im Vollzug der veterinärpolizeilichen Bestimmungen eintreten lassen.

Von dem Herrn Berichterstatter und dem Herrn Abg. Pfefferle ist mit einer gewissen Bewunderung hervorgehoben worden, daß bei uns noch keine Reblausherde haben gefunden werden können. Richtig ist, daß bei uns zwar schon vielfach Stellen mit verdächtigem Aussehen der Reben, aber noch nirgends, soweit bei der stets vorgenommenen eingehenden Untersuchung die obrigkeitlichen Organe haben feststellen können, Reblaus konstatiert worden ist. Der Herr Abg. Pfefferle hat gemeint, das hänge vielleicht damit zusammen, daß in der Thätigkeit der ganzen in Baden zur Beobachtung der Reben geschaffenen Organisation, die ursprünglich mit großer Sorgfalt verfuhr, allmählich eine gewisse Stagnation eingetreten sei. Dieser Auffassung des Herrn Abg. Pfefferle muß ich ganz entschieden entgegenreten. Es herrscht sowohl bei der Centrale als draußen in den Bezirken die größte Sorgfalt bei der Beobachtung des Rebgeländes. Es wird namentlich vom Ministerium darauf gehalten,

daß regelmäßig Berichte eingeschickt werden, Kontrollbereisungen stattfinden u. s. w. Ich muß dieser Aeußerung des Herrn Abg. Pfefferle schon deshalb ganz entschieden entgegenreten, weil wir, wie früher, so auch jetzt nicht bloß im eigenen Interesse, sondern auch den anderen Staaten gegenüber zu einer sorgfältigen Beobachtung verpflichtet sind. Mit Recht ist vom Berichterstatter und Pfefferle hervorgehoben worden, daß es eine große Gefahr für den badischen Weinbau bedeuten würde, wenn in einem der Nachbarländer nicht mit voller Energie gegen die dort aufgetretene Reblaus vorgegangen würde. In allen Nachbarländern wendet man wie bisher gegen die Reblaus das Vernichtungsverfahren an, das sehr bedeutende Mittel erfordert. In Elsaß-Lothringen findet man dieses Verfahren auf die Dauer zu theuer und hat deshalb die Erwägung angestellt, ob nicht in gewissen Bezirken ein anderes Verfahren Platz greifen könnte. Die Regierung des Reichslands könnte aber diese geänderte Richtung nur einschlagen nach Benehmen mit den Regierungen der Nachbarstaaten und mit der Reichsregierung. Wir selbst haben gegen ein milderes Verfahren in Elsaß-Lothringen die allergrößten Bedenken und werden diese zunächst auf einer Konferenz der beteiligten Regierungen darlegen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, den seitherigen Zustand aufrechtzuerhalten.

Danken muß ich noch für die Anerkennung für unser landwirtschaftliches Unterrichts-wesen. Unsere in den 60er Jahren entstandenen landwirtschaftlichen Winterschulen haben erst in allerneuester Zeit mit staatlicher Unterstützung unter dem Einfluß einschichtiger Gemeinden — und Kreisorgane eine Ergänzung durch die Haushaltungsschulen für die weibliche Jugend erhalten. Es ist zu hoffen, daß diese für Haus- und Landwirtschaft wichtige Anstalten, noch eine weitere Vermehrung und Ausgestaltung erfahren, und ich zweifle nicht, daß die Regierung, sobald ihr reichlichere Mittel zur Verfügung stehen, alles thun wird, um auch diesen Zweig weiter auszubilden. Ob aber außer den landwirtschaftlichen Winterschulen, wie von Redner gewünscht wurde, auch noch in einer größeren Zahl von Gemeinden im Anschlusse an die Volksschule auch noch landwirtschaftliche Fortbildungsschulen eingerichtet werden sollten, erscheint mir doch sehr zweifelhaft. Die Hauptsache hat Herr Abg. Neuwirth selbst angeführt: daß das neue Lehrbuch für Fortbildungsschulen in populärer, den Bedürfnissen der Landwirthe angepaßter Weise eine Reihe praktisch-lehrreicher Mittheilungen aus allen Zweigen der Landwirtschaft bringt. Hierfür sind wir der Unterrichtsverwaltung und den Männern, die sich an dieser Arbeit betheilig haben, allen Dank schuldig.

Schluß der Sitzung halb 2 Uhr.